

Antwort der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine des Stadtteilzentrums Kiezbegegnung

Sehr geehrte Frau Herrmann,
sehr geehrtes Team der Kiezbegegnung,

vielen Dank für Ihre Anfrage und vor allem für Ihre Arbeit vor Ort. Gerade in Kiezen wie rund um die Schillerpromenade und den Flughafenkiez zeigt sich, ob Politik im Alltag trägt: ob Menschen Wohnraum finden, ob Nachbarschaft funktioniert, ob Hilfe erreichbar ist und ob Verwaltung unterstützt statt ausbremst. Ihre Fragen greifen diese Realität sehr konkret auf, und genau so wollen wir auch antworten.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Berlin braucht einen handlungsfähigen Staat, mehr Tempo beim Bauen, verlässliche soziale Infrastruktur und eine Politik, die Probleme löst, statt sie nur zu beschreiben. Daran richten wir unsere Antworten aus.

Thema Obdachlosigkeit

1. Welche konkreten Maßnahmen ergreifen Sie, um Zwangsräumungen zu verhindern (z. B. Kündigungsschutz, Mietschuldenfonds, Mediation)?

Wir setzen auf Prävention, bevor es überhaupt zur Räumung kommt. Dazu gehören frühzeitige Beratung, bessere Zusammenarbeit zwischen Sozialbehörden, Jobcentern und Vermietern sowie schnelle Hilfe bei Mietrückständen, bevor sich diese verfestigen. Mediation und niedrigschwellige Beratung halten wir für sinnvoll, weil Konflikte oft lösbar wären, wenn früh genug gehandelt wird. Unser Ziel ist klar: Wohnungsverlust verhindern, bevor er entsteht.

2. Wie viele Wohnungen im unteren Preissegment wollen Sie jährlich neu schaffen oder sichern?

Wir wollen den Wohnungsbau in Berlin insgesamt deutlich steigern, weil nur mehr Angebot dauerhaft zu Entlastung führt. Ein erheblicher Teil dieses Neubaus muss im unteren und mittleren Preissegment entstehen, damit Berlin eine Stadt für Menschen mit normalen Einkommen bleibt. Entscheidend ist für uns aber nicht nur eine politische Zielzahl, sondern dass Flächen aktiviert, Verfahren beschleunigt und Baukosten gesenkt werden. Nur dann wird aus Ankündigung auch tatsächlich Wohnraum.

3. Wie viele Housing-First-Plätze sollen in Berlin bis 2028 entstehen?

Housing First ist aus unserer Sicht ein sinnvoller Baustein moderner Wohnungslosenpolitik. Wir wollen diesen Ansatz gezielt ausbauen, aber nicht mit politisch beliebigen Zielzahlen arbeiten, sondern bedarfsgerecht und entlang messbarer Erfolge. Entscheidend ist für uns, dass Menschen dauerhaft in Wohnraum kommen und nicht nur vorübergehend untergebracht werden. Wirksamkeit ist uns an dieser Stelle wichtiger als reine Symbolzahlen.

4. Werden dafür dauerhaft Wohnungen aus dem regulären Markt gesichert (z. B. über landeseigene Wohnungsbaugesellschaften)?

Ja, wir halten das für einen wichtigen Baustein. Kooperationen mit landeseigenen Wohnungsunternehmen können dazu beitragen, Housing-First-Ansätze verlässlich abzusichern. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass solche Lösungen den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt nicht zusätzlich verengen, sondern intelligent in eine größere Wohnungsbau- und Sozialstrategie eingebettet werden. Unser Ansatz ist Integration in den regulären Wohnungsmarkt, nicht die Schaffung neuer Parallelsysteme.

5. Schließen Sie Maßnahmen aus, die obdachlose Menschen aus dem öffentlichen Raum verdrängen (z. B. durch Ordnungsrecht, „Defensive Architektur“, Räumungen von Camps)?

Wir lehnen eine Politik ab, die Probleme lediglich aus dem Blickfeld entfernt, ohne sie zu lösen. Reine Verdrängung, defensive Architektur oder Räumungen ohne soziale Perspektive halten wir für falsch. Gleichzeitig müssen öffentliche Räume für alle nutzbar und sicher bleiben. Deshalb setzen wir auf Hilfe, Ansprache und konkrete Perspektiven statt auf ein bloßes Wegschieben des Problems.

6. Welche konkreten Schutzmechanismen planen Sie, um Verdrängung im Zuge von Großprojekten zu verhindern?

Großprojekte dürfen soziale Probleme nicht verschärfen oder unsichtbar machen. Wir halten es für notwendig, soziale Auswirkungen frühzeitig zu prüfen, soziale Infrastruktur mitzudenken und Akteure vor Ort verbindlich einzubeziehen. Dazu gehört auch Transparenz über mögliche Verlagerungseffekte. Stadtentwicklung muss integrieren, nicht verdrängen.

7. Wie steht Ihre Partei zu Olympia?

Wir stehen einer Olympiabewerbung grundsätzlich offen gegenüber, aber nicht um jeden Preis. Eine Bewerbung muss wirtschaftlich tragfähig, transparent geplant und im Nutzen für die Stadt nachvollziehbar sein. Prestigeprojekte, die am Alltag der Menschen vorbeigehen oder soziale Infrastruktur gefährden, lehnen wir ab. Für uns gilt auch hier: erst die Substanz, dann das Schaufenster.

8. Werden Sie gesetzlich oder haushaltspolitisch garantieren, dass Mittel für soziale Infrastruktur (z. B. Wohnungslosenhilfe) nicht zugunsten einer Olympiabewerbung gekürzt werden?

Für uns gehören Notunterkünfte, Beratungsangebote und soziale Infrastruktur zu den staatlichen Kernaufgaben. Diese Bereiche dürfen nicht zur Verfügungsmasse werden, wenn andere Projekte politisch attraktiv erscheinen. Haushaltsprioritäten müssen sich am Alltag der Menschen orientieren.

9. Gibt es eine verbindliche soziale Folgekostenabschätzung für eine Olympiabewerbung? Wird diese öffentlich gemacht?

Wir halten eine verbindliche soziale Folgekostenabschätzung für notwendig. Wenn ein Großprojekt ernsthaft verfolgt wird, müssen soziale Auswirkungen, Folgekosten und Verdrängungsrisiken offen benannt und öffentlich gemacht werden. Nur so kann eine ehrliche politische Entscheidung getroffen werden. Transparenz ist hier keine Kür, sondern Voraussetzung.

10. Wie wollen Sie die Finanzierung von Notunterkünften, Tagestreffs und Beratungsstellen langfristig sichern?

Wir wollen weg von kurzfristiger Projektlogik und hin zu verlässlicher Finanzierung für bewährte soziale Strukturen. Träger brauchen Planungssicherheit, damit Personal gehalten und Angebote stabil betrieben werden können. Gleichzeitig wollen wir Förderverfahren vereinfachen, digitalisieren und transparenter machen, damit weniger Energie in Anträge und mehr Energie in die eigentliche Arbeit fließt. Basis für Entscheidungen müssen messbare Erfolge sein. Daher hat die Erfolgsmessung für uns eine hohe Bedeutung.

11. Gibt es einen Ausbauplan – ja oder nein? Wenn ja: in welchem Umfang?

Wir sehen klaren Ausbaubedarf, gerade in Stadtteilen mit hoher sozialer Belastung und wachsender Nachfrage. Der Ausbau muss sich aber am tatsächlichen Bedarf orientieren und räumlich gezielt erfolgen, statt nach dem Gießkannenprinzip. Das betrifft insbesondere niedrigschwellige Beratungsangebote, Tagesaufenthalte und aufsuchende Hilfen. Entscheidend ist, dass dort ausgebaut wird, wo heute Versorgungslücken bestehen.

12. Wie stellen Sie den Zugang zu medizinischer und psychischer Versorgung für obdachlose Menschen sicher – unabhängig von Versicherungsstatus?

Gesundheitsversorgung darf nicht am Versicherungsstatus scheitern. Wir unterstützen niedrigschwellige medizinische und psychische Angebote, mobile Teams und Kooperationen mit freien Trägern, damit Menschen überhaupt erreicht werden. Gerade bei Obdachlosigkeit greifen soziale, somatische und psychische Problemlagen oft ineinander. Deshalb braucht es Versorgungswege, die nicht an starren Zuständigkeiten scheitern.

13. Planen Sie mobile Versorgungsangebote auszubauen?

Mobile Angebote sind oft der einzige Weg, Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf tatsächlich zu erreichen. Wir wollen solche Angebote gezielt ausbauen und besser mit stationären und beratenden Hilfen verzahnen. Entscheidend ist, dass sie nicht isoliert arbeiten, sondern Teil einer funktionierenden Versorgungskette sind.

14. Unterstützen Sie ein einklagbares Recht auf Wohnen in Berlin?

Ein politisches Ziel auf Wohnen reicht uns nicht als Formel, aber ein einklagbares Recht auf Wohnen auf Landesebene halten wir rechtlich und praktisch nicht für den richtigen Weg. Es würde den Mangel an Wohnungen nicht beheben, sondern Erwartungen schaffen, die der Staat ohne ausreichendes Angebot nicht erfüllen kann. Unser Ansatz ist daher, realen Wohnraum zu schaffen, Verfahren zu beschleunigen und soziale Hilfen so aufzustellen, dass Menschen nicht durchs Raster fallen. Wir setzen auf wirksame Politik statt symbolischer Rechtsversprechen.

15. Welche rechtlichen Änderungen planen Sie dafür konkret?

Da wir ein einklagbares Landesrecht auf Wohnen nicht unterstützen, planen wir dafür keine eigene rechtliche Konstruktion. Stattdessen wollen wir das bestehende Recht so verändern, dass mehr gebaut werden kann: schnellere Verfahren, weniger Bauvorschriften, bessere Nutzung von Flächen und klarere Zuständigkeiten. Rechtliche Veränderungen müssen aus unserer Sicht dazu beitragen, dass tatsächlich Wohnungen entstehen. Alles andere löst das Problem nicht.

16. Wie wollen Sie Menschen mit eigener Erfahrung von Obdachlosigkeit systematisch in die Entwicklung von Maßnahmen einbezogen?

Wir halten es für richtig, Betroffene stärker einzubeziehen. Wer Maßnahmen für Menschen entwickelt, sollte ihre Erfahrungen kennen und ernst nehmen. Deshalb unterstützen wir Formate, in denen Betroffene bei der Entwicklung und Evaluation von Hilfen systematisch mitwirken können. Gute Sozialpolitik entsteht nicht nur am Schreibtisch, sondern auch aus Erfahrungswissen.

17. Wie wollen Sie die Datenerhebung zu Obdach- und Wohnungslosigkeit verbessern?

Wir brauchen eine regelmäßigeren, methodisch saubere und berlinweit besser abgestimmte Datenerhebung. Dazu gehören nachvollziehbare Definitionen, eine bessere Abstimmung zwischen Bezirken und Trägern sowie eine stärkere datenbasierte Steuerung. Nur wenn man das Problem realistisch erfasst, kann man auch wirksame Maßnahmen planen. Daten ersetzen keine Politik, aber ohne Daten bleibt Politik oft blind.

18. Werden die Ergebnisse regelmäßig veröffentlicht?

Ja, das halten wir für richtig. Regelmäßige Veröffentlichung schafft Transparenz, verbessert die öffentliche Debatte und hilft auch Trägern und Bezirken bei der Planung. Gerade bei einem so sensiblen Thema ist Offenheit besser als politisches Rätselraten.

Thema Mieten & Bauen

19. Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Mietpreisbremse in Berlin, und welche konkreten Verbesserungen planen Sie auf Landes- oder Bundesebene?

Die Mietpreisbremse hat die strukturelle Knappheit auf dem Berliner Wohnungsmarkt nicht beseitigt. Sie löst insbesondere die eigentliche Ursache nicht: Es werden zu

wenige Wohnungen gebaut. Deshalb liegt unser Schwerpunkt nicht auf immer neuen Regulierungen, sondern auf schnellerem Bauen, mehr Flächenaktivierung und einfacheren Verfahren. Auf Bundesebene gilt für uns: Regeln müssen rechtssicher, verständlich und vollziehbar sein, aber dauerhaft bezahlbare Mieten entstehen nur durch mehr Angebot.

20. Setzen Sie sich für einen neuen, rechtssicheren Mietendeckel ein? Wenn ja: Wie soll dieser konkret ausgestaltet sein?

Nein. Wir halten den Mietendeckel weder wohnungspolitisch noch verfassungsrechtlich für den richtigen Weg. Die Berliner Erfahrung hat gezeigt, dass ein solcher Eingriff den Markt nicht entspannt, sondern Angebot verknappt und Investitionen bremst. Wir setzen stattdessen auf mehr Wohnungsbau, schnellere Genehmigungen und gezielte Unterstützung dort, wo Menschen tatsächlich Hilfe brauchen. Dauerhaft bezahlbare Mieten entstehen nicht durch politische Deckel, sondern durch mehr Wohnungen.

21. Wie viele neue Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment sollen in Berlin jährlich entstehen?

Wir wollen, dass in Berlin jährlich deutlich mehr Wohnungen entstehen als bisher, und zwar gerade auch im unteren und mittleren Preissegment. Dafür braucht es nicht nur Neubau insgesamt, sondern einen klaren Fokus auf einfache, bezahlbare Standards, schnellere Verfahren und eine bessere Flächenpolitik. Ein Teil dieses Angebots muss gezielt über Genossenschaften, landeseigene Unternehmen und günstigeres Bauen im preiswerteren Segment entstehen. Unser Anspruch ist: mehr Menge, mehr Tempo und mehr Bezahlbarkeit zugleich.

22. Welchen Anteil davon sollen landeseigene Wohnungsbaugesellschaften übernehmen?

Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften spielen eine wichtige Rolle, aber sie können den Bedarf nicht allein decken. Wir wollen, dass sie vor allem dort aktiv sind, wo bezahlbarer Wohnraum gesichert oder neu geschaffen werden muss, und zugleich effizienter und stärker auf ihren Kernauftrag ausgerichtet arbeiten. Unser Ansatz ist kein Monopol öffentlicher Unternehmen, sondern ein Mix aus öffentlichem, genossenschaftlichem und privatem Bau. Gerade diese Berliner Mischung halten wir für sinnvoll.

*23. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Mieterinnen vor Verdrängung, Umwandlung in Eigentum und Eigenbedarfskündigungen zu schützen?**

Mieterschutz muss wirksam sein, ohne den Wohnungsmarkt weiter zu blockieren. Wir wollen bestehende Schutzrechte verlässlich durchsetzen und gleichzeitig dafür sorgen, dass mehr Wohnungen gebaut werden, damit der Druck auf Bestandsmieten sinkt. Bei Umwandlungen gilt für uns: Eigentumbildung ist kein Tabu. Wir wollen mehr Menschen

das Wohneigentum ermöglichen. Unser Ziel ist eine Balance aus Schutz, sozialer Stabilität und einem funktionierenden Markt.

24. Werden bestehende Instrumente wie Milieuschutzgebiete ausgeweitet oder nachgeschärft?

Wir lehnen Milieuschutz ab. Er ersetzt keinen Neubau und löst die strukturelle Knappheit nicht. Deshalb setzen wir nicht auf eine pauschale Ausweitung als Standardinstrument, sondern auf mehr Wohnungsbau, mehr Angebot und gezielte soziale Absicherung dort, wo Verdrängungsdruck besonders hoch ist. Instrumente müssen wirken, nicht nur gut klingen.

25. Wie positioniert sich Ihre Partei zur möglichen (Teil-)Bebauung des Tempelhofer Feldes?

Wir befürworten die Randbebauung des Tempelhofer Feldes ausdrücklich. Berlin braucht dringend zusätzlichen Wohnraum, und wir sind die einzige Partei, die dieses Potenzial klar und ohne Herumlavieren nutzen will. Dabei geht es nicht um eine vollständige Bebauung des Feldes, sondern um die Entwicklung der Randbereiche für ein neues, gemischtes Stadtquartier. So verbinden wir Freiraumerhalt mit der Schaffung dringend benötigter Wohnungen.

26. Wie stellen Sie sicher, dass der Volksentscheid von 2014 in Ihren Planungen berücksichtigt wird?

Wir nehmen den Volksentscheid ernst, aber wir ignorieren auch nicht, dass sich die Wohnungsmarktlage seit 2014 massiv verschärft hat. Politik darf auf neue Realitäten reagieren, wenn die Herausforderungen größer geworden sind. Unsere Antwort ist deshalb offen und ehrlich: Wir wollen die Randbebauung trotz des damaligen Entscheids politisch neu angehen, weil wir sie heute für gesellschaftlich geboten halten. Wer keine Wohnungen am Rand des Feldes will, muss ehrlich sagen, wo die Menschen sonst wohnen sollen.

27. Falls Sie eine Bebauung befürworten: Wie viele Wohnungen sollen dort entstehen und zu welchen Mietkonditionen?

Unser Programm nennt keine feste absolute Wohnungszahl, aber es legt die Struktur des Quartiers klar fest: Wir wollen einen Dreiklang aus einem Drittel Genossenschaftsbau, einem Drittel öffentlichem Wohnungsbau und einem Drittel privatem Wohnungsbau. Genau dadurch soll dort nicht nur ein neues Viertel entstehen, sondern auch ein Mix aus unterschiedlichen Miet- und Eigentumsformen. Für uns ist entscheidend, dass dort in erheblichem Umfang auch bezahlbarer Wohnraum entsteht und nicht nur hochpreisiger Neubau. Außerdem soll ein Teil der Fläche für studentisches Wohnen genutzt werden.

28. Wie garantieren Sie, dass dort tatsächlich bezahlbarer Wohnraum entsteht und nicht überwiegend hochpreisige Projekte?

Genau dafür haben wir unser Drittel-Modell vorgesehen. Ein Drittel Genossenschaftsbau und ein Drittel öffentlicher Wohnungsbau schaffen eine klare Struktur gegen eine einseitig hochpreisige Entwicklung. Dazu kommt, dass wir eine Berliner Mischung aus verschiedenen Einkommensgruppen, Miet- und Eigentumsformen ausdrücklich wollen. Bezahlbarkeit entsteht nicht durch schöne Worte, sondern durch eine kluge Mischung in der Planung.

29. Welche alternativen Flächen oder Strategien sehen Sie, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ohne das Tempelhofer Feld zu bebauen?

Auch unabhängig vom Tempelhofer Feld wollen wir alle verfügbaren Potenziale besser nutzen. Dazu gehören Nachverdichtung, Baulücken, neue Stadtquartiere, bessere Nutzung bestehender Flächen und der Ausbau entlang von Siedlungsachsen. Aber wir sagen auch offen: Angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt halten wir es für falsch, auf das Tempelhofer Feld als Wohnraumpotenzial vollständig zu verzichten. Berlin braucht beides – neue Flächen und mehr Tempo überall sonst.

30. Planen Sie den Ankauf weiterer Wohnungen oder die Rekommunalisierung von Wohnraum?

Nein, wir setzen nicht auf einen politischen Schwerpunkt bei weiteren Ankäufen oder Rekommunalisierung. Das bindet viel Geld, schafft aber kaum neue Wohnungen. Unser Fokus liegt klar auf Neubau, schnelleren Verfahren und besseren Rahmenbedingungen für mehr Angebot. Bestehende Mittel sollen vorrangig dazu dienen, dass tatsächlich neue Wohnungen entstehen.

31. Welche Rolle sollen landeseigene Wohnungsunternehmen künftig spielen?

Landeseigene Wohnungsunternehmen sollen eine wichtige Rolle bei bezahlbarem Wohnraum spielen, aber klar auf ihren Kernauftrag konzentriert werden. Wir wollen, dass sie neu bauen, effizient arbeiten und dort aktiv sind, wo der Markt allein nicht ausreichend liefert. Gleichzeitig setzen wir nicht auf eine Verdrängung privater oder genossenschaftlicher Akteure, sondern auf eine sinnvolle Aufgabenteilung. Berlin braucht nicht weniger Vielfalt, sondern mehr davon.

32. Welche Maßnahmen planen Sie, um Baukosten zu senken und Planungs- sowie Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, ohne soziale und ökologische Standards zu unterlaufen?

Wir wollen Bauvorschriften vereinfachen, Verfahren digitalisieren und Genehmigungen deutlich beschleunigen. Dazu gehört die Vermeidung von Doppelprüfungen, klare Zuständigkeiten, mehr Standardisierung und einfachere bauliche Standards dort, wo sie sinnvoll sind. Gleichzeitig wollen wir soziale und ökologische Standards nicht pauschal abräumen, sondern sie praktikabel und bezahlbar ausgestalten. Unser Ziel ist ein Staat, der Bauen ermöglicht, statt es durch Komplexität zu verteuern.

Thema Verkehr, Fahrradinfrastruktur, öffentlicher Nahverkehr

33. Welche konkreten Ziele verfolgen Sie beim Ausbau sicherer, durchgängiger Fahrradwege in Berlin (z. B. jährliche Kilometerzahlen)?

Wir wollen sichere und tatsächlich nutzbare Radwege, vor allem dort, wo sie Lücken schließen und Unfallschwerpunkte entschärfen. Unser Ziel ist nicht das politische Abfeiern bloßer Kilometerzahlen, sondern ein Netz, das im Alltag funktioniert. Dazu gehören sichere Kreuzungen, durchgängige Verbindungen und vernünftige Prioritäten. Entscheidend ist Qualität vor Symbolik.

34. Wie stellen Sie sicher, dass bestehende Planungen zügig umgesetzt und nicht politisch ausgebremst werden?

Wir wollen Planungs- und Entscheidungsstrukturen vereinfachen und Zuständigkeiten klarer ordnen. Infrastrukturprojekte dürfen nicht über Jahre in Abstimmungsschleifen hängen bleiben. Deshalb setzen wir auf beschleunigte Verfahren, weniger bürokratische Doppelstrukturen und eine stärkere Priorisierung tatsächlich wirksamer Maßnahmen. Wer Mobilität verbessern will, muss endlich auch liefern.

35. Wie bewerten Sie das Instrument der Kiezblocks zur Verkehrsberuhigung in Wohnquartieren?

Wir sehen Kiezblocks nicht als flächendeckendes Leitmodell. In einzelnen Quartieren kann Verkehrsberuhigung sinnvoll sein, wenn sie gut geplant ist und die Erreichbarkeit für Anwohner, Gewerbe, Rettungsdienste und Menschen mit Einschränkungen gewährleistet bleibt. Pauschale Sperrkonzepte lehnen wir aber ab. Für uns zählt die konkrete Wirkung vor Ort, nicht das ideologische Etikett

36. Planen Sie eine Ausweitung – wenn ja, nach welchen Kriterien und in welchem Umfang?

Eine flächendeckende Ausweitung von Kiezblocks planen wir nicht. Verkehrsberuhigung muss sich an klaren Kriterien orientieren: Sicherheit, Erreichbarkeit, tatsächliche Belastung und Folgen für den Gesamtverkehr. Wenn Maßnahmen den Verkehr nur verlagern statt lösen, sind sie aus unserer Sicht kein Fortschritt. Deshalb prüfen wir lieber differenziert, statt ein Modell über die ganze Stadt zu ziehen.

37. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Angebot, Taktung und Zuverlässigkeit des ÖPNV in Berlin zu verbessern?

Wir wollen den ÖPNV als Rückgrat der städtischen Mobilität deutlich stärken. Dazu gehören mehr Zuverlässigkeit, bessere Taktung, schnellere Reparaturen, funktionierende digitale Information und ein Ausbau dort, wo heute Lücken bestehen. Gleichzeitig muss die Infrastruktur modernisiert werden, damit der Betrieb überhaupt stabil laufen kann. Ein attraktiver ÖPNV entsteht nicht durch Slogans, sondern durch Verlässlichkeit im Alltag.

38. Welche zusätzlichen finanziellen Mittel sollen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) dafür zur Verfügung gestellt werden?

Wir legen keine politisch frei schwebende Milliardenzahl fest, sondern knüpfen zusätzliche Mittel an konkrete Verbesserungen bei Angebot, Infrastruktur und Zuverlässigkeit. Für uns gilt: Mehr Geld muss auch zu mehr Leistung führen. Die BVG braucht Investitionen, aber ebenso bessere Steuerung, mehr Effizienz und klare Prioritäten. Geld allein löst die strukturellen Probleme nicht.

39. Wie soll der begrenzte Straßenraum künftig zwischen Auto-, Rad-, Fuß- und öffentlichem Verkehr aufgeteilt werden?

Wir wollen den Straßenraum so organisieren, dass alle Verkehrsträger sinnvoll genutzt werden können. Dabei lehnen wir eine Politik ab, die einzelne Gruppen grundsätzlich gegeneinander ausspielt. Wo Raum knapp ist, braucht es vernünftige Abwägungen nach Sicherheit, Erreichbarkeit und tatsächlichem Bedarf. Mobilität ist Freiheit – und deshalb muss sie für möglichst viele Menschen funktionieren.

40. Welche Priorität hat dabei der Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr)?

Der Umweltverbund spielt für uns eine hohe Rolle, weil er in einer wachsenden Stadt unverzichtbar ist. Aber Priorität heißt für uns nicht, den motorisierten Individualverkehr pauschal abzuwerten. Gerade in Berlin mit seinen unterschiedlichen Kiezen und Außenbezirken braucht es ein intelligentes Miteinander statt ideologischer Verdrängung. Wir stärken ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, ohne andere Mobilitätsformen aus Prinzip zu bekämpfen.

*41. Wie stellen Sie sicher, dass Verkehrsberuhigungsmaßnahmen nicht zu Nachteilen für bestimmte Gruppen führen (z. B. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Seniorinnen, Kinder)?**

Das ist für uns ein zentraler Maßstab. Verkehrsmaßnahmen müssen immer auf ihre Folgen für Menschen mit Einschränkungen, Familien, ältere Menschen und Gewerbetreibende geprüft werden. Gute Verkehrsplanung ist inklusiv und alltagstauglich, nicht nur verkehrstheoretisch sauber. Deshalb lehnen wir Pauschallösungen ab und setzen auf konkrete Abwägung vor Ort.

42. Welche Rolle spielen bezahlbare ÖPNV-Tarife in Ihrer Mobilitätsstrategie?

Bezahlbare Tarife sind wichtig, weil Mobilität soziale Teilhabe ermöglicht. Gleichzeitig muss ein günstiger Tarif mit einem verlässlichen und leistungsfähigen Angebot zusammengehen. Ein billiges Ticket hilft wenig, wenn die Verbindung ausfällt oder gar nicht existiert. Unser Ziel ist daher bezahlbarer und zugleich besser funktionierender ÖPNV.

43. In vielen innerstädtischen Kiezen besteht bereits ein dichtes ÖPNV-Angebot – wie wollen Sie dieses gezielt stärken, um motorisierten Individualverkehr weiter zu reduzieren?

Im innerstädtischen Bereich kommt es vor allem auf Zuverlässigkeit, Taktung, gute Umsteigebeziehungen und Sicherheit an. Wenn der ÖPNV im Alltag attraktiver ist, wird er auch stärker genutzt. Dazu gehört auch, dass Wege zu Haltestellen, digitale Informationen und barrierefreie Zugänge verbessert werden. Wir wollen den Wechsel vom Auto in den ÖPNV durch bessere Angebote erreichen – nicht durch bloße Gängelung.

44. Welche Unterschiede machen Sie in Ihrer Strategie zwischen innerem Ring und Außenbezirken?

Berlin ist verkehrlich keine einheitliche Stadt, und deshalb darf auch die Strategie nicht überall gleich aussehen. Im inneren Ring stehen Taktung, Verdichtung und Alternativen zum Auto stärker im Vordergrund. In den Außenbezirken braucht es mehr Verlässlichkeit, bessere Anbindung und realistische Akzeptanz dafür, dass der motorisierte Individualverkehr dort oft eine größere Rolle spielt. Gute Politik erkennt solche Unterschiede an, statt sie zu ignorieren.

Thema Ehrenamt und freiwilliges Engagement

45. Wie stellen Sie sicher, dass zentrale soziale Aufgaben verlässlich durch bezahlte Strukturen getragen werden und nicht dauerhaft auf Ehrenamtliche ausgelagert werden?

Für uns ist klar: Ehrenamt ist unverzichtbar, aber kein Ersatz für staatliche Daseinsvorsorge. Zentrale soziale Aufgaben müssen professionell, verlässlich und bezahlt organisiert werden. Ehrenamt kann ergänzen, tragen, verbinden und oft Brücken bauen – aber es darf nicht die Lücken eines überforderten Staates stopfen müssen. Diese Grenze ist uns wichtig.

46. Wo ziehen Sie konkret die Grenze zwischen ehrenamtlichem Engagement und staatlicher Daseinsvorsorge?

Überall dort, wo Rechtsansprüche, Schutzpflichten oder kontinuierliche Grundversorgung betroffen sind, liegt die Verantwortung beim Staat. Ehrenamt lebt von Freiwilligkeit und Eigeninitiative – staatliche Kernaufgaben aber von Verlässlichkeit und professioneller Absicherung. Wenn ohne Ehrenamt ein Angebot vollständig zusammenbrechen würde, ist das oft ein Hinweis darauf, dass der Staat seiner Verantwortung nicht ausreichend nachkommt. Wir wollen genau diese Fehlentwicklung vermeiden.

47. Planen Sie, die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen stärker auf langfristige Strukturen statt kurzfristiger Projektförderung auszurichten?

Ja, wo sich Strukturen bewährt haben, halten wir mehr Verlässlichkeit für richtig. Gerade in Kiezen lebt Vertrauen davon, dass Ansprechpartner, Räume und Angebote nicht alle zwölf Monate zur Disposition stehen. Projektförderung hat ihren Platz, aber sie darf nicht zum Dauerzustand für Grundstrukturen werden. Gute Arbeit braucht auch gute Planungssicherheit.

48. Wenn ja: In welchem Umfang und mit welchen konkreten Instrumenten?

Wir setzen auf mehrjährige Fördermöglichkeiten, vereinfachte Zuwendungsverfahren und klare Kriterien, wann aus projektförmiger Förderung eine strukturelle Verstetigung werden kann. Bewährte Arbeit soll nicht jedes Jahr wieder bei null anfangen müssen. Gleichzeitig wollen wir regelmäßige Evaluation, damit aus Verlässlichkeit keine Selbstverständlichkeit ohne Wirkung wird. Unser Ansatz ist: langfristig finanzieren, aber sinnvoll steuern.

49. Welche Maßnahmen planen Sie, um Räume, Beratung und Koordination für ehrenamtliches Engagement in den Kiezen zu sichern und auszubauen?

Engagement braucht Orte, Ansprechpartner und funktionierende Infrastruktur. Wir wollen bestehende Angebote stabilisieren, bürokratische Hürden senken und öffentliche Räume leichter nutzbar machen. Auch Beratung und Koordination sind wichtig, weil sie Ehrenamt erst praktikabel machen. Gerade im Kiez entscheidet sich oft an solchen ganz konkreten Fragen, ob Menschen sich einbringen oder frustriert aufgeben.

50. Wie sollen bestehende Einrichtungen langfristig abgesichert werden?

Bestehende Einrichtungen brauchen vor allem Verlässlichkeit statt ständiger Unsicherheit. Wir setzen auf planbare Finanzierung, vereinfachte Verfahren und eine bessere Verzahnung mit Verwaltung und Bezirk. Einrichtungen, die im Kiez sichtbar wirksam sind, sollten nicht permanent mit dem Rücken zur Wand arbeiten müssen. So entsteht auch Vertrauen in politische Zusagen.

*51. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen verbessern (z. B. weniger Bürokratie, feste Ansprechstellen)?**

Wir wollen eine Verwaltung, die Zivilgesellschaft nicht erschöpft, sondern unterstützt. Dazu gehören feste Ansprechpartner, digitale und einfachere Verfahren sowie klarere Zuständigkeiten. Gerade kleine Initiativen verlieren heute oft zu viel Energie an Anträge, Rückfragen und Unklarheiten. Das ist kein Zeichen von Sorgfalt, sondern von schlechter Organisation – und das wollen wir ändern.

52. Planen Sie verbindliche Beteiligungsstrukturen?

Ja, wir halten verbindliche Beteiligungsstrukturen dort für sinnvoll, wo sie Entscheidungen tatsächlich verbessern und nicht bloß symbolisch sind. Beteiligung muss frühzeitig, nachvollziehbar und praktisch anschlussfähig sein. Uns geht es nicht

um Beteiligung als Ritual, sondern um echte Einbindung von Wissen und Erfahrung aus der Praxis. Wenn Beteiligung nur angehört, aber nie berücksichtigt wird, verliert sie ihren Wert.

53. Welche Lehren ziehen Sie aus Krisen (z. B. Pandemie, Fluchtbewegungen), in denen Ehrenamtliche besonders stark eingesprungen sind?

Die wichtigste Lehre ist für uns: Berlin hat eine starke Zivilgesellschaft, aber auf diese Stärke darf sich der Staat nicht bequem verlassen. Wenn Ehrenamtliche dauerhaft kompensieren müssen, was staatlich nicht funktioniert, ist das kein Erfolg, sondern ein Warnsignal. Gleichzeitig haben Krisen gezeigt, wie wertvoll lokale Netzwerke, Vertrauen und schnelle unbürokratische Hilfe sind. Daraus müssen wir lernen – organisatorisch und politisch.

54. Wie wollen Sie Strukturen künftig so aufstellen, dass sie auch ohne Überlastung des Ehrenamts tragfähig bleiben?

Wir wollen professionelle Grundstrukturen stärken und Ehrenamt gezielt entlasten. Das heißt: mehr Verlässlichkeit bei Finanzierung, bessere Koordination, klarere Zuständigkeiten und Krisenplanung, die nicht erst im Ausnahmefall improvisiert wird. Ehrenamt soll tragen können, aber nicht auf Dauer Lasten schultern müssen, die eigentlich in öffentliche Verantwortung gehören. Tragfähigkeit entsteht durch gute Struktur – nicht durch ständige Überforderung der Engagierten.

Viele Ihrer Fragen laufen auf einen gemeinsamen Punkt hinaus: Funktioniert die Stadt für die Menschen, die in ihr leben – oder nicht?

Unsere Antwort ist klar: Berlin braucht mehr Verlässlichkeit bei sozialer Infrastruktur, mehr Tempo beim Wohnungsbau, bessere Mobilität im Alltag und eine Verwaltung, die unterstützt statt ausbremst. Und Berlin braucht den Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen – etwa dass bezahlbarer Wohnraum nicht durch Blockade entsteht, sondern nur durch mehr Bauen.

Genau dafür stehen wir als Freie Demokraten.

Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren Positionen. Fragen und Antworten werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat